

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschint jeden Montag abends für den folgenden Tag und ist abends 7 Uhr bei den Wirtshäusern und Sonntags abends 10 Uhr bei den Wirtshäusern bei Abholung viererlei 1. 2. 3. 4. bei Bestellung ins Haus 1. 2. 3. 4. bei selbst abgeholt 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Vernachlässigte Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluss der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Diebstahlgefahriger Jahrgang.

Interate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 S., die Reklamazeile 30 S. Geringerer Interatenbetrag 40 S. Für Wiederholung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Im Hinblick auf die strenge Handhabung der Fremdenkontrolle durch die Ortsbehörden in der Schweiz und zur Vermeidung von Weiterungen und Unzuträglichkeiten sowohl für die Behörden als insbesondere für die Beteiligten wird denjenigen sächsischen Staatsangehörigen, die sich in der Schweiz niederzulassen oder dort längeren Aufenthalt zu nehmen beabsichtigen, empfohlen, sich vor der Abreise mit einem **Heimatschein** oder doch wenigstens mit einem Reisepasse und einem Verbandszeugnisse zu versehen.

Der Antrag auf Ausstellung eines Heimatscheines ist unter näherer Angabe der Geburts-, Abstammungs- und Aufenthaltsverhältnisse bei der Verwaltungsbehörde des Wohnortes bez. letzten Wohnortes (d. i. in Städten mit der revidierten Städteordnung der Stadtrat, sonst die Amtshauptmannschaft) zu stellen.

Dresden, am 3. März 1910.

Ministerium des Innern.

Die Königl. Kreisamtsverwaltung hat gemäß der Vorschrift in § 133 der Reichsgewerbeordnung auf Antrag der Gewerbelammer zu Bittau zur Abnahme der Meisterprüfungen

1. im **Schneidwarenhandwerk** und
2. im **Wassermaschinenhandwerk**

Prüfungskommissionen errichtet.

Die Kommissionen haben ihren Sitz in Bittau und bestehen für den ganzen Regierungsbezirk.

Zu Mitgliedern sind auf die Zeit vom 1. März 1910 bis 1. März 1913 ernannt worden:

- zu 1. **Meister Emil Schäfer** in Bittau, Vorsitzender,
- Hermann Starke** in Dresden, Beisitzer und Stellvertreter des Vorsitzenden,

zu 1. **Meister Karl Brückner** in Pulsnitz, Beisitzer,

Karl Köppe in Görlitz, Beisitzer,

Bruno Müller in Dresden, Beisitzer.

zu 2. **Gustav Schreiber** in Dresden, Vorsitzender,

August Becker in Bittau, Beisitzer und Stellvertreter des Vorsitzenden,

August Moldenhauer in Dresden, Beisitzer,

Karl Steudel in Kamenz, Beisitzer,

Gustav Stirius in Bautzen, Beisitzer.

Bautzen, am 1. März 1910.

Königliche Kreisamtsverwaltung.

Freitag, den 11. März 1910, nachmittags 2 Uhr, sollen in Bischofswerda folgende Gegenstände, als: 1 **Fahrrad** (ca. 25 Str.), 1 **Fahrrad** (ca. 15 Str.), 20 **Fl. Rum**, 27 **Fl. versch. Weine**, 8 **Fl. Cherry Brandy**, ca. 41 **Str. Cognac** n. v. n. w. gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Königl. Amtsgericht.

Bischofswerda, den 7. März 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Das Neueste vom Tage.

Am gestrigen Sonntag fanden in größeren Städten Preußens Wahlrechtskundgebungen statt. In Berlin kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Abgeordnete Stadthagen. (Siehe Sonderartikel.)

Der bekannte Großindustrielle Dr. Lang in Mannheim ist wegen seiner Verdienste um die Eröberung der Luft von der Stadt Mannheim zum Ehrenbürger ernannt worden.

Die französische offiziöse Zeitung „Temps“ bespricht die Reichstagsdebatte über den Marinestat und die Rede des Reichskanzlers und betont, daß Deutschlands starkes Meer und starke Flotte eher eine Friedenskundgebung als eine Kriegsgefahr bedeuten. (Siehe Frankreich.)

Beim Rogerspasse in Nordamerika wurden durch einen Lawinensturz 100 Arbeiter, Italiener und Japaner verschüttet. Bis jetzt sind 92 Leichen geborgen.

Zum Stand der preussischen Wahlreform.

Die Vorberatung der preussischen Wahlreform-Vorlage seitens der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist nunmehr zum Abschluß gelangt; es erübrigt nur noch die Feststellung des Berichts, was an diesem Dienstag geschieht. Die zweite Lesung des Regierungsentwurfs hat im wesentlichen die Beschlüsse der ersten Kommissionslesung bestätigt, es bleibt also, um die Hauptsache hervorzuheben, bei der geheimen Abstimmung bei den Wahlen und der öffentlichen Abstimmung bei den Wahlen der Abgeordneten selbst und hiermit bei der von der Kommission beschlossenen indirekten Wahl. Zu § 6 hatten

die Nationalliberalen in der zweiten Kommissionslesung beantragt, die sogenannte Maximierung zu beseitigen, ferner, daß für alle Wähler, die zu keiner Staatseinkommensteuer veranlagt sind, als fingierter Steuerfuß nicht, wie die Regierung will, drei Mark, sondern fünf Mark angenommen wird. Die Konservativen brachten einen Abänderungsantrag ein, den Satz auf vier Mark zu erhöhen. Gegen den Antrag der Nationalliberalen (Beseitigung der Maximierung) erklärten sich sämtliche übrigen Parteien. Einstimmig wurde schließlich die Regierungsvorlage in der alten Fassung belassen. An Stelle des Einkommensteuerfußes von drei Mark wurde die beantragte Abänderung auf vier Mark angenommen. Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen, die Drittelung nicht innerhalb des Urwahlbezirks, sondern der Gemeinde vorzunehmen, fand nur die Stimmen der nationalliberalen Kommissionsmitglieder. Die genannten Beschlüsse zweiter Lesung sind von der Kommission meist mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums gegen die Stimmen der übrigen Parteien gefaßt worden, das Kompromiß der Rechten und der Zentrumspartei hat demnach auf der ganzen Linie gesiegt.

Wie sich nun die Regierung zu den Abänderungen stellen wird, welche die Kommission an dem ursprünglichen Wahlrechtsentwurf vorgenommen hat, das bleibt allerdings noch abzuwarten. Bei den Kommissionsverhandlungen ist allerdings von der Regierung wiederholt erklärt worden, sie müsse an den Hauptpunkten ihres Entwurfs festhalten. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, und sollten andererseits die weiteren Plenarberatungen die Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen ergeben, so wäre dies gleichbedeutend mit dem Scheitern der Wahlreform und die ganze Aktion in dieser wichtigen Frage würde also ausgehen, wie das berühmte Hornberger Schießen. Indessen ist es gerade nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung schließlich mit sich reden lassen wird, so daß es möglicherweise zu einem Kompromiß zwischen ihr

und der liberal-konservativen Mehrheit des Abgeordnetenhauses kommen wird. Es sind denn auch neue Verhandlungen in der Wahlreform, die sich natürlich hinter den Kulissen abspielen würden, bereits signalisiert worden; nur erscheint es fraglich, ob sich Freikonservative und Nationalliberale, welche bei den Kommissionsabstimmungen der zweiten Lesung fast durchweg mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten gingen, an diesen Verhandlungen beteiligen würden. Jedenfalls wird aber hinter der ferneren parlamentarischen Behandlung der Wahlreform nun Feuer gemacht, denn wie bestimmt verlautet, soll die zweite Lesung der Wahlreformvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses bereits am Donnerstag, den 10. März, ihren Anfang nehmen, was dann selbstverständlich die vorläufige Zurückstellung der Spezialberatung der noch restierenden Etatsteile — Kultusetat, Eisenbahnetat, Baueetat und die kleineren Etats — zur Voraussetzung hätte. Es ist beabsichtigt, die zweite Plenarlesung der Wahlreform-Vorlage möglichst zu beschleunigen, damit vielleicht in der zweiten Hälfte nächster Woche die dritte Lesung stattfinden kann, womit dann die parlamentarische Entscheidung in der Wahlreformfrage noch vor der Osterpause des Abgeordnetenhauses zu erwarten stünde.

Wir reihen hieran die Berichte über die gestrigen **Wahlrechtskundgebungen in Preußen.**

Berlin, 7. März. Durch die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten war die Sozialdemokratie vor dem Demonstrationsparadegang im Treptower Park gewarnt worden, und so begab sich ein großer Teil von vornherein nach dem Tiergarten, wo man sich nach einer an den Zahlstellen ausgegebenen Parole am Großen Stern treffen sollte. Immerhin fanden sich in Treptow etwa 6000 Personen ein. Am Bahnhof Treptow wurde die Menschenmenge von Schutzmannschaft und Gendarmerie mit blanker Waffe auseinandergetrieben, wobei einige 40 Demonstranten festgenommen wurden.